

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtage nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf oder bei direktem Postbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 2.— M., bei Zustellung unter Streifenband 4.— M. Die „Freiheit“ ist in dem ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsdirektor: Kurt Roden 2893 und 2894.

Interessante haben die achtgepost. Fernpostzeitung aber lesen kann 1,20 M., Wertungsgeld das Zeitungsdruck 20 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Teuerungszuschlag 10 Pf. Familien- und Veranlagungssteuern fällt der Zeitung fort. Interests für den kommenden Tag müssen spätestens 14 1/2 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Verlagsdirektor: Kurt Roden 2768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Siegesfeier in Paris.

## Siegesfeier des Kapitalismus, Friedensfeier des Proletariats.

Gestern war der Tag des Sieges in Paris. Der 14. Juli, der Tag, an dem vor 130 Jahren die Bastille gestürzt wurde, der Tag, an dem damals für Frankreich und die ganze Welt der Gedanke der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit geboren ward, dieser Tag ist von den siegreichen Franzosen dazu auserkoren worden, der Tag der Feier ihres Sieges im Weltkriege zu sein. — Ironie der Weltgeschichte!

Seit Wochen füllen die nationalistischen französischen Blätter ihre Spalten mit den Vorbereitungen, die Paris für diesen Tag getroffen hat. Die „Champs Elysees“, in eine Triumphstraße verwandelt, durch welche sämtliche Truppen der Entente geführt von Hoch und Goffre, am Siegeszuge teilnehmen werden. Gewaltige Tribünen an beiden Seiten des Weges, bestimmt für Hunderttausende von Zuschauern. Sondertribünen für Kinder, Sondertribünen für Kriegsbekämpfte. Vor dem Tor der Tuilerien ein gewaltiger Triumphbogen, weiter eine Pyramide von alten, im Kriege zerbrochenen Kanonen, gekrönt von einem überlebensgroßen gewaltigen Hahne, dem gallischen Nationalzeichen. Und dann ein Renolaphion, ein gewaltiges Grabdenkmal, von 30 Meter Höhe „Den Toten des Vaterlandes“. In Wort und Bild und langen Vorträgen wird alles dies dem siegeslustigen Volk von willfähriger Presse gezeigt.

Doch die Toten sind schnell vergessen. Es genügt, wenn man ihnen ein 30 Meter hohes Grabdenkmal aufbaut und darauf die Worte schreibt: Den Toten des Vaterlandes. Ihren vermoderten Kadavern, hingeopfert von dem krumpelosen Imperialismus der ganzen Erde, ist damit genug der Ehre geschehen. Sie haben ihre Pflicht erfüllt, und nun feiern die andern das Siegesfest.

Doch die Sozialisten haben — wie die „Gummitz“ mitteilt — es abgelehnt, sich an der allgemeinen Siegesfeier zu beteiligen. Sie können nicht frohlocken, da in ihrem Herzen Grauen ist über das millionenfach vergossene Blut des Volkes. Sie feiern wohl auch, doch sie feiern den Frieden. Es ist kein Fest der Freude, das sie begehen, sondern eine Feier des Andenkens an eine sinnlose, nun überstandene Epoche, es ist ein Gelöbniß, das sie sich selbst und der ganzen Welt geben, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um eine Wiederholung dieses Mordens zu vermeiden.

Und darum hat die sozialistische Partei die Arbeiter von Paris zu eigenen Feiern für diesen Tag geladen, an dem sie solchen Gedanken Ausdruck geben, an dem sie ihrer Toten gedenken und das Gelöbniß der Treue zur Arbeiterschaft der ganzen Welt erneut Ausdruck geben wollen. Und am gleichen Tage hält die sozialistische Partei Frankreichs in Paris ihren Kongress ab, auf dem sie die Stellungnahme der Partei zum Frieden darlegen wird. So wird die Feier der Sozialisten in Paris nicht wie die der übrigen eine Siegesfeier, sondern eine Friedensfeier werden.

Den erareifendsten Ausdruck finden die Gedanken, die die französischen Sozialisten und die französische Arbeiterschaft an diesem Tage befehlen, in einem Artikel, der der französische Abgeordnete Pierre B r i z o n in seiner Zeitung „La Voie“ zu Ehren der Toten schreibt:

„Nein, nein, wir wollen den Sieg nicht feiern. Sieg, das heißt Krieg, und Krieg, das heißt Tod und es gibt schon zuviel Tote. Ich werde an diesem ganzen Tage auf einem Felde arbeiten, und ich werde mit schwarzen Händen meinen Jann umgrenzen,“ so schrieb mir ein alter armer Weinbauer, dessen Worte im Felde gefallen sind.

Wir müssen es tun wie die er Weinbauer: Arbeiten, zu Hause bleiben, uns einschließen, trauern.

Unsere Herzen sind traurig im Angesicht der Götter, unsere Herzen sind traurig im Angesicht der Ruinen. Unsere Herzen sind traurig über die Not und die Leiden, die die Folgen des Krieges sein werden.

Überlassen wir es den Kannibalen, die „das“ gewollt haben, dieses Fest zu feiern, überlassen wir ihnen die Freude.

Man feiert nicht den Tod von 10 Millionen Menschen.

Man feiert das Leben, und sie wollen ja nur leben. Man feiert die Arbeit, und sie wollen ja nur arbeiten, arbeiten, wie der alte Weinbauer auf seinem Weinberg. Man feiert die Wissenschaft und das Glück und sie wollen ja nur die Kunst kennen lernen, glücklich zu sein.

Das goldene Europa, das das Steuerruder führte, hat diese 10 Millionen Toten verächtlichen Interessen und furchtbaren Vorurteilen geopfert. Es hat sie in das ewige Verderben geführt, es hat sie in den Abgrund des Todes geworfen. Und alle Siegesfeste, alle Feiern, alle Föhnen, alle Reden und alles Theater, es kann sie alle nicht wieder zum Leben erwecken.

Es wird niemals einen Sieg geben bis nicht der Krieg für immer tot ist, getötet durch den Krieg selbst.

Über der Krieg kann nicht anders angesehen werden, als durch den Triumph der Völker über ihre räuberischen und reaktionären Regierungen.

Wäre die Welle des Sozialismus hoch kommen, um die alte Welt zu verschlingen, die die Menschen so hat leiden lassen und möge dies der Sozialismus des Friedens, der Berechtigung und des Glückes sein. Das wird der wahre Sieg sein. Ihn kann man mit ungeheurer Freude feiern, denn dann wird kein Blut mehr fließen, keine Tränen werden mehr rinnen, denn endlich wird man wahrhaft leben können. Nieder mit dem Krieg!

Dieses „Nieder mit dem Krieg!“, das zu uns hinüberhallt, dieses Bekenntnis zum Sozialismus und zur Völkerverständigung, diese Kampfanfrage an alle Mächte der alten Welt — das ist die Stimme des wahren Frankreichs, das heute durch den Triumphzug und die Siegesfeier in Paris überdient wird. Heute erkallt diese Stimme noch schwach. Doch sie findet täglich stärkeren Widerhall. Sie wird anknollen in dem Maße, wie auch die arbeitenden Massen in den Ententeländern den herrschenden Klassen ihre Rechnung für den völkermordenden Krieg präsentieren. Und sie wird sich durchsetzen, weil auf ihrer Seite die historische Gerechtigkeit und die wirtschaftliche Notwendigkeit ist.

Heute feiern die herrschenden Klassen Frankreichs ihren Sieg. Doch der Befreiungskampf des Proletariats wird die Sieger von heute in Besiegte verwandeln und dem Gewaltfrieden von Versailles erst den wahren Frieden folgen lassen.

## Proteststreik in Italien.

Vern, 14. Juli.

Laut „Avanti“ haben die Reformsozialisten die Teilnahme an dem Auslande am 20. und 21. Juli beschlossen, ebenfalls der katholische Gewerkschaftsbund, der nach Angabe seines Sekretariats 650 000 Mitglieder zählt, und der katholische Eisenbahnerverband. Der Ausfall soll eine Protestkundgebung der Massen gegen den Versailles Frieden sein. Auch die Post-, Telegraphen- und Telefonangestellten werden sich dem Streik anschließen. „Secolo“ wendet sich scharf dagegen und wirft ihnen Pflichtvergessenheit vor. Er erklärt, daß die ganze Bewegung auf einen revolutionären Ausfall hinauslaufe.

## Der Berliner Verkehrsstreik beendet.

Die Berliner Straßenbahner hatten sich gestern abend auf den vier alten Versammlungsplätzen versammelt, um das Resultat der Abstimmung entgegenzunehmen. Gegen 9 Uhr erschienen die Vertrauensleute und berichteten über die Lage. Bei der am Nachmittag vorgenommenen Abstimmung hatten sich 10 043 für Fortsetzung des Streiks, 6335 für Wiederaufnahme der Arbeit erklärt. Da inzwischen die Omnibusangestellten und die Angestellten der Ostbahnen beschlossen haben, am Dienstag die Arbeit wieder aufzunehmen, sahen sich die Vertrauensleute und die Streikleitung gezwungen, auch den streikenden Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, um eine Abbrüdelung zu verhindern und keine Zerplitterung in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Die Streikenden wurden ermahnt, dem Beschluß der Vertrauensleute zu folgen und die Arbeit wieder aufzunehmen, so schwer es ihnen auch falle. Die Streikenden beschlossen hierauf, die Arbeit wieder aufzunehmen. (Weitere Nachrichten auf Seite 3.)

## Steuern und Wirtschaftspolitik.

R. H. Wir haben als Ziel der sozialistischen Steuerpolitik erkannt, die aus der kapitalistischen Periode stammenden Einkommens- und Vermögensungleichheiten bis zu einem bestimmten Grade zu beseitigen. Wir haben ferner gesehen, daß nur die Verbindung der Steuerpolitik mit der Sozialisierung eine weitgehende und wirksame Vermögensabgabe möglich macht und damit eine rasche Entschuldung der deutschen Staatswirtschaft.

Die Minderung der Einkommens- und Vermögensverteilung durch eine sozialistische Steuerpolitik löst auf eine Aufgabe, die die gegenwärtige Wirtschaftslage gebietet. Die Verarmung unserer Wirtschaft macht es zur Notwendigkeit, daß nur das wirklich Nötige produziert wird, überflüssige und Luxuskonsumtion dagegen möglichst eingeschränkt werde. Man sucht gegenwärtig nach verschiedenen Mitteln, dieses Ziel zu erreichen. Durch Kontrolle von Ein- und Ausfuhr, durch Verbote, bestimmte Rohstoffe oder Waren einzuführen, will man das erstrebte Resultat erreichen.

Wir können uns von all diesen Mitteln wenig Erfolg versprechen. Nichts erscheint einfacher, als die Einfuhr bestimmter Luxusstoffe zu verbieten. Werden aber diese Stoffe zu hochwertigen Rohstoffen verarbeitet, die auf dem Weltmarkt vorzuziehlichen Absatz finden, so wäre ein solches Verbot eine Schädigung sowohl der deutschen Arbeiter als auch der deutschen Wirtschaft, der eine nützliche Auslandsgelagenheit entginge, und die nicht in der Lage wäre, um den entgangenen Betrag andere notwendige Rohstoffe einzuführen. Verbietet man aber die Einfuhr nicht vollständig, sondern knüpft sie an die Bedingung, daß in gleichem Verhältnis exportiert werden muß, so wird ein ziemlich kompliziertes und kostspieliges Kontroll- und Ueberwachungssystem nötig, von dem es noch sehr fraglich ist, wie weit es wirklich wirksam und nicht vielmehr zum Teil umgangen wird. Dazu kommt, daß das Arbeiten mit solchen Einfuhrverboten eine rationelle Handelspolitik erschwert, da sie auf den Widerstand und auf Repressalien der anderen Länder stoßen wird. Bei der Schwierigkeit der Kontrolle und bei der Korruption, die sich während des Krieges eingeschlichen hat, ist es überdies sicher, daß ein Teil dieser recht hochwertigen Artikel auf dem Wege des Schmuggels und des Söldnerhandels doch ins Land kommt und dann zu erhöhten Preisen bezahlt werden müßte. Bei dem regen Reiseverkehr steht zudem gerade den Reichsten die Befriedigung ihrer Luxusbedürfnisse im Ausland offen.

Entscheidend ist aber, daß vom sozialistischen Standpunkt der Luxuskonsum nicht nur aus Rücksicht auf die Volkswirtschaft, also sofern auswärtige Rohstoffe und Waren in Betracht kommen, eingeschränkt werden muß, sondern daß ihre Einschränkung im Interesse des Proletariats wünschenswert ist. In unserer verarmten Wirtschaft muß vor allem für die Befriedigung des Massenbedarfs vorgesorgt werden; wir sind nicht reich genug, um Produktion und Arbeitskräfte, Material und Hilfsstoffe für die Befriedigung der Luxusbedürfnisse einer reichen Oberschicht zur Verfügung zu stellen.

Dies erreicht die sozialistische Steuerpolitik, indem sie die hohen Einkommen und Vermögen versteuert und so die Mittel, die zur Luxusbefriedigung dienen, zugunsten der Gesamtheit mit Beschlag belegt. Sie fördert damit die Ziele der sozialistischen Wirtschaftspolitik, die darauf hinwirken, daß der Inlandsmarkt durch mögliche Erweiterung des Massenkonsums ständig ausgedehnt wird. Denn während es das Ziel der kapitalistischen Handelspolitik gewesen war, durch mögliche Ausdehnung des Auslandsablasses, besonders durch die Methoden des Kapitalexports, dem Kapital immer neue Absatzmärkte, Kapitalanlageplätzen und neue Herrschaftspraventionen zu erobern, ist es proletarische Handelspolitik, auf die Erweiterung des Inlandsablasses hinzuwirken.

Dies geschieht durch möglichst umfangreiche Sozialisierung, wodurch die Verfügung über Art und Umfang der Produktion von der Gesamtheit bestimmt und in die Richtung möglichst großer Bedarfsbefriedigung der Massen gelenkt werden kann; durch höhere Löhne in den noch nicht sozialisierten Produktionszweigen, die die



...und durch die Steuerpolitik, die hohe Einkommen reduziert.

Erweitert als das Kapital der ausgedehnten Handel ein Mittel ist, die Produktion zu erhöhen und die Kapitalistische Produktionsweise beständig zu expandieren. Ist für das Wohlstand der arbeitenden Klassen nur das Mittel, sich durch ihn in den Besitz der nötigen Stoffe und Lebensmittel zu setzen, die internationale Arbeitsteilung nach den natürlichen ökonomischen Bedingungen zu fördern, und so die allgemeine Produktivität der Arbeit zu steigern.

So erstreckt die sozialistische Steuerpolitik all jene humanitären Maßnahmen, durch die man jetzt Aus- und Einfuhr bergeweiht zu kontrollieren sucht, und macht eine nationale Handelspolitik wieder möglich, die ohne sie allerdings gewisse Nachteile mit sich bringt.

Indem die sozialistische Steuerpolitik die Steuern gespart hätte, die der bürgerlichen Steuerpolitik aus der kapitalistischen Dekonomie erwachsen, hätte sie vermocht, die ungeheuren finanziellen Probleme zu lösen, die die Uebergangszeit stellt. Sie allein hätte die Mittel aufbringen können, um den Uebergang von der Kriegszur Friedenswirtschaft — nach dem noch einem Jahr harten Frieden — und den Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise zu vollziehen. Sie allein hätte, indem sie alle sozialistische Wirtschaft, eine ausreichende Vermögensgrundlage und damit die Entfaltung durchzuführen, das Gleichgewicht im Budget herstellen, der Geldentwertung ein Ende machen und die Wertaufrechterhaltung können. Sie wäre von Anfang an auf die Weise der Kapitalisten begegnet und hätte die notwendigen Verschwendungskräfte einen Raum entgegengesetzt.

Dieses sozialistische Steuerprogramm haben die Reichssozialisten bereits. Sie haben die Besteuerung verändert, haben die Vermögensvermehrung erleichtert und haben die Steuererträge selbst bis heute hin- und geschoben. Sie haben kein sozialistisches Wirtschaftsprogramm und haben auch kein anderes bis auf den unvollständigen Nachkriegsplan, den Herr v. Müllendorff Herr in die Welt gesetzt hat und von dem die anderen Minister nichts wissen wollten.

Was ist es gekommen, daß auf dem Gebiet der Steuerpolitik wie auf allen anderen, die rechtssozialistische Regierung Mühen mit Vorschlägen herankommt, die kein bürgerlicher Charakter tragen und an den kapitalistischen Macht- und Klassenverhältnissen nicht das Geringste ändern.

### Die franz. Sozialisten und der Friede.

Die Tagung des Nationalrats.

Paris, 14. Juli.

Das Nationalrat der sozialistischen Partei hat in der letzten Sitzung die Besprechung des Friedensvertrages begonnen.

Der Redner empfand, gegenüber dem Friedensvertrag eine Stellung einzunehmen, die zwischen den verschiedenen Ansichten vermitteln kann. Rausch der Sozialdemokraten im Oberhaus verlor Grund eine Entschiedenheit, die den Friedensvertrag von Versailles als im Widerspruch mit Wilsons Programm stehend bezeichnet und erklärt, der Vertrag sei in geheimen Beratungen, aber die öffentliche Meinung nicht unterrichtet worden sei, aufgestellt worden. In Frankreich sei der Vertrag, nachdem er in Deutschland längst bekannt geworden war, sogar vor dem Parlament getarnt gehalten worden. Er verstoße gegen die von dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Bern im Februar 1919 aufgestellten Bedingungen. Die Grundzüge des Friedensvertrages gestatten nicht, um den Weltkrieg überzusehen. Außerdem enthält der Vertrag keinen wirtschaftlichen Plan, der den Interessen der Arbeiter der Welt verträglich wäre. Auf diesen Punkten verlangten die Sozialdemokraten im Oberhaus, daß die sozialistische Bewegung dem Vertrag ihre Zustimmung verweigere. Grund dafür ging allmählich in einer scharfen Kritik der Art über, wie durch die Militärverwaltung im Krieg reagiert wurde. Ein beschränktes Regime müsse aufrechterhalten werden. Die sozialistische Bewegung müsse sich bis jetzt eine gewisse Zurückhaltung aneignen, von nun an aber seien sie entschlossen, gegen alle beschränkten Übergänge kräftig vorzugehen, unter denen die am schlimmsten seien, die sich Müllendorff erlaubt, den haben Wilson, der nach seiner Ansicht ein Element der Herabwürdigung geworden sei, sei es ein Reichsgericht stellen wollte.

Der Redner schloß sich Grundzüge der Forderungen namens der Sozialisten im Unterhaus an; auch er protestierte gegen das unüberlegte Übergangsweltregime, das den Klassen durch die Militärverwaltung aufzuerlegen werde. Bedenke (Zensur) hinsichtlich der Vertragsverträge in finanziellen Ausführungen, insbesondere die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln. Deutschland sei nicht in der Lage, die von ihm geforderte Entschädigungsumme zu bezahlen. Nach seiner Ansicht habe der Vertrag die sozialistische Bewegung unterdrückt. Trotz alledem will Bedenke nicht gegen den Friedensvertrag stimmen, sondern sich mit einem starken Protest begnügen, um eine weitere Revision herbeizuführen und sich der Zustimmung enthalten. Er hat vor dem gleichen Standpunkt. Nach seiner Ansicht sei der Friedensvertrag geeignet, Deutschland in die Arme Russlands zu treiben. Das Schicksal sei die Vorkriegszeit. Man habe Polen gebildet als Schutzwall gegen Deutschland, aber es werde ein Volkswort europäischer Revolution werden; da liegt auch der Schlüssel für den nächsten Krieg. Der Völkervertrag verleihe zwar den Frieden nicht endgültig, bedeute aber trotzdem einen Fortschritt.

Manauher erklärte, auch er sei für eine Revision des Vertrages, aber nicht für eine Revision durch Resolution, sondern durch ein neues gesetzliches Verfahren. Der Völkervertrag sei nicht als Vertrag, aber Österreich, Deutschland und Rußland könnten doch Mitsprache werden. Auch er ist der Ansicht, man dürfe im Parlament nicht mehr rein nach ja sagen. Die Erklärung Hermann Müllers, daß Abmachungen loyal gehalten werden müssen, fand seinen Beifall, dadurch wurde die Friedensfrage nur gemindert.

Baumgarten sprach gegen Stimmenthaltung. Er wolle den Frieden einen internationalen Sozialismus, der heute bei Weitem den besten Weg sei, den man sich vorstellen könne. Wenn er gewußt hätte, daß die Wiedervereinigung 15 Millionen Tote kosten würde, hätte er eine Änderung auf jedem Wege vorgezogen. Grund dafür sei, daß die Wiedervereinigung, das sei auch die Ansicht aller Arbeiter, Baumgarten sei, in dem Augenblick, in dem Deutschland, Österreich und andere Völker sich dem sozialistischen Ideal an-

wandeln, hätten die französischen Sozialisten nicht vor einer klaren Stellungnahme zurückzublicken. Die Diskussion wurde darauf am Montag vorzeitig vertagt.

### Die Auslieferung des Vertrages.

Protest gegen den Gewaltfrieden.

Bern, 14. Juli.

Das Zentralkomitee für die Wiedererreichung der internationalen Beziehungen, eine Zweigorganisation der Union of democratic Control in London, erließ einen öffentlichen Protest gegen den Frieden, den Deutschland gegenwärtig unterzeichnete. In dem Aufruf heißt es: Wir wünschen sehr, daß unser Gewissen sich beruhigen möge, indem wir die Hoffnung haben, daß die Welt durch einen Frieden zu ersehen, der den Wünschen und Idealen der Völker entspricht.

### Die Bestimmungen in Nordschleswig.

Kopenhagen, 14. Juli.

Wahlpräsident Jørgen Høj gestorn eine Rede über die Unterwerfung Nordschleswigs in Dänemark und führte unter anderem aus: Innerhalb 10 Tagen nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch drei Entente-Mächte müssen die Deutschen beide Abteilungsbezirke geräumt haben. Im Laufe der darauf folgenden drei Wochen wird in der ersten Zone abgestimmt werden und innerhalb weiterer fünf Wochen in der zweiten Zone. Nach den Bestimmungen kann die Verwaltung des Gebietes, die für Dänemark bestimmt haben, von Dänemark übernommen werden. Sodann wird in Paris auf der Grundlage der Abstimmung die Grenze zwischen Dänemark und Deutschland festgesetzt und die Oberhoheit desjenigen Teiles von Schleswig, der nördlich dieser Grenze liegt, uns übertragen. Seit wann diese Oberhoheit in Schleswig und von den folgenden Mächten übertragen ist, wird sich die geschwundene Macht des blühenden Reiches bis zur neuen Grenze erstrecken. Wir müssen hoffen und wünschen, daß die auf der Grundlage dieser Abstimmung festgesetzte Grenze mit der nationalen Grenze zwischen Deutschen und Dänen zusammenfallen möge, damit das Selbstbestimmungsrecht der Völker hier seinem wahren Sinne nach zur Anwendung kommen kann.

### Aufhebung der Auslieferungsbestimmungen in der Schweiz.

Bern, 14. Juli.

Entschieden mitgeteilt: Die Regierung Frankreichs, Groß-Britanniens, Italiens und der Vereinigten Staaten von Amerika haben sich sofort, nachdem die angebotenen Regierung von der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Deutschland Kenntnis genommen hatten, bereit erklärt, die S. S. S. und die mit der Wiedervereinigung zusammenhängenden Einschränkungen aufzuheben. Die hiesigen diplomatischen Beamten der genannten Mächte überreichten am 14. Juli entsprechende Noten, die im Rahmen des Bundesrates dem Wirtschaftsdepartement zugegangen sind und beantwortet wurden. Damit sind alle Auslieferungseinschränkungen, soweit sie auf internationalen Vereinbarungen beruhen, hinfällig geworden. Der Bundesrat hat der S. S. S. von diesen Notwendigkeiten Kenntnis gegeben und der Regierung sofort die nötigen Eingaben und im Liquidation zu treten.

### Die Allierten in Tiflis und Romel.

Tiflis, 14. Juli.

Nach Meldungen der „Times“ teilt seit gestern in Tiflis eine Entente-Kommission. Sie wurde heute vom Alliierten Kommando empfangen. Die Alliierten haben gefordert, daß Tiflis auch abgetrennt werde; die Entente-Kommission prüft ihre Angaben.

Romel wird am 11. Juli von englischen und später von italienischen Truppen besetzt werden. Die Alliierten planen große Feiern zu Ehren des Empfanges der Engländer. Vertreter des Alliierten Kommandos (Nationalen Kommando) sind nach Romel gereist, um Vorbereitungen für den Empfang zu treffen.

### Die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit England.

Berlin, 14. Juli.

Die deutsche Regierung hat kürzlich die Mitteilung gebracht, die englische Regierung habe erklärt, daß die in England befindlichen Firmen derer wieder eröffnet werden und daß der Privattelegraphen- und Handelsverkehr zwischen den deutschen Handelshäusern und ihren englischen Filialen unbeschränkt vor sich gehen solle. Hierzu wird von den englischen Seiten mitgeteilt, daß Board of Trade hat die General-Lizenz wegen Post- und Telegrammverkehr mit dem unbeschränkten Deutschland für erlaubte Geschäfte zugestanden; da aber direkte Postverbindungen noch nicht besteht, müssen sich die Interessenten der Vermittlung eines neutralen Landes bedienen. Die General-Lizenz deckt ausschließlich auch den Post- und Telegrammverkehr zwischen deutschen Firmen und ihren englischen Filialen oder Vertretungen. Derselbe unterliegt natürlich auch der englischen Zensur.

### Wissen über den Friedensschluß.

Amsterdam, 14. Juli.

„Daily News“ vom 11. melden, daß Präsident Wilson in seiner Rede im Senat erklärte, die Tatsache, daß der Völkervertrag der erste selbständige Teil des Friedensvertrages war, der angenommen wurde, und über den man sich einigte, während über alle anderen Teile noch beraten wurde, habe mitgeholfen, die Festlegung der übrigen Vertragspunkte leichter zu gestalten. Alle Verhandlungen jeglicher Art hätten im Wege gestanden, Verhandlungen, die die Regierungen einander gemacht hätten zu den Zeiten, wo noch Nacht und Nebel herrschten und die Nacht des Sieges schrankenlos war. Ebenso waren Verpflichtungen eingegangen worden, die Gebietverteilungen und Ausbreitung der Souveränität betrafen und nur zum Nutzen derjenigen zu sein schienen, die die Nacht hätten, darauf zu bestehen, bei denen jedoch die Wünsche oder der Vorteil der davon betroffenen Völker unberücksichtigt gelassen worden war. Es sei nicht leicht gewesen, die neuen Ideen auf die alten zu übertragen und es (Wilson) besänftigte, daß einige aus diesem Übergang entspringende Brüche eine Zeitlang bitter schmecken würden. Mit sehr wenig Ausnahmen hätten jedoch die Männer, die mit den amerikanischen Delegierten am den Friedensschluß sahen, ebenso aufrichtig wie die Amerikaner gewünscht, sich von schiefen Einsichten und ungeschicklichen Zwecken und dem ausschließlichen Interesse, was ihnen die Völker hätten

Deutschlands entgegenzusetzen. Präsident Wilson verfuhr dann die Friedensbedingungen im einzelnen zu erklären und seine Rede war fast ganz dem Völkervertrag und der Isolierung Amerikas gewidmet. Er erklärte: „Es kann nicht die Rede davon sein, daß Amerika auf eine Weltmacht zu sein. Es handelt sich nur darum, ob wir die moralische Führung, die uns angeboten wird, zurückerlangen können, ob wir das Vertrauen der Welt annehmen oder verwerfen sollen. Der Krieg und die Friedenskonferenz haben diese Fragen schon beantwortet und nur eine veraltete Vision auf unserer Seite kann daran etwas ändern.“ Der Präsident erklärte, es sei unmöglich, die Interessen einer so großen Zahl von Nationen auf geschickliche Weise Kompromisse einander anzupassen. Man solle die praktischen Möglichkeiten der internationalen Lage studieren und sie als Grundlage des Friedens betrachten.

### Die Kohlennot in Europa.

Amsterdam, 14. Juli.

Nach Presseberichten Radio hat der Leiter des amerikanischen Bergwerksamtes Manning, der sich Europa zurückgekehrt ist, in einem Bericht über die Bergwerksverhältnisse in Europa dargelegt, daß Amerika einem beachtlichen Mangel an Steinkohle in Europa trösten muß. Diesen Mangel schreibt Manning zum Teil der geringen Steinkohleausfuhr aus England zu, die ihren Grund in den vorliegenden Kohlenpreiserhöhungen hat. Manning behauptet weiterhin, daß es noch fünf bis sechs Jahre dauern wird, bevor die Bergwerke im früheren besetzten Gebiet Frankreichs wieder betriebsfähig sind. Am 14. Juli sei die Kohlennot in Italien.

### Korrespondenz im Saengerfeld.

Amsterdam, 14. Juli.

Nach Presseberichten Radio berichtet in amerikanischen Zeitungen die Ansicht, daß im kanadischen Saengerfeld sehr bald wieder die Bedingungen eintreten werden, wie sie vor dem Krieg herrschten. Im Laufe der vergangenen Woche sind fast 17 000 Reisende aus Amerika nach europäischen Häfen abgereist. Der Anbruch heißt weiterhin groß, insbesondere herrscht große Nachfrage nach Holzgasen nach Italien.

### Die Erhöhung der Getreide- und Viehpreise.

Am Donnerstag und Freitag hat der Ausschuss für Volksernährung, wie wir schon berichteten, die neueste Verordnung des Reichsernährungsministeriums über Erhöhung der Preise für Getreide, Kartoffeln und Schlachtvieh beraten. Die Tonne Roggen oder Gerste soll von 300 M. auf 400 bis 415 M., die von Weizen von 350 M. auf 450 bis 465 M. erhöht werden, Kartoffeln von 100 M. auf 125 M. und die Schlachtviehpreise für Rinder von 80 M. auf 100 M., für Schweine von 70 M. auf 150 M. für den Doppelzentner.

Der Ernährungsminister Schmidt gab zu, daß die Verlage politisch unannehmbar sei, aber sie entspreche auf Grund objektiver Berechnungen den gesteigerten Produktionskosten, die infolge der Erhöhung der Löhne der Landarbeiter, des Preises der Maschinen und aller landwirtschaftlichen Bedarfsartikel, insbesondere der Düngers eingetreten sind. Da zu befürchten sei, daß die Bauern trotz der Preissteigerung zu langsam das Getreide abliefern würden, müsse das Reichsernährungsministerium auch noch Frühfruchtprämien für das Getreide in Höhe von 60 M. für den Doppelzentner beantragen. Der Landwirtschaftsminister von Dörmann, der Leiter der Reichsgetreidekasse, wies darauf hin, ohne diese Erhöhungen sei zu befürchten, daß viele landwirtschaftliche Betriebe ihre Produktion durch Preissteigerung zu beenden, zur Bankrott machen. Schon sei dem Reichsernährungsminister empfohlen, daß die Ankaufsubventionen Erhöhung durchzuführen solle, mitgeteilt worden, daß Landwirte erklärt haben, sie gähen lieber Strafe, als daß sie Vorleistungen träfen, die die verbotene Zwangsversteigerung führen sollten. Auch er befürwortete die Wiedereinführung der Frühfruchtprämie, ohne die nicht rasch genug die sehr leeren Lager der Reichsgetreidekasse die dringend nötige Auffüllung bekämen.

Die Verteiler sämtlicher künftigen Parteien waren mit der Preissteigerung für Getreide einverstanden, wandten sich aber zum Teil gegen die Frühfruchtprämien, die sie für unnötig und schädlich erklärten. Von rechtsozialistischer Seite wurde zwar erklärt, die Erhöhung der Zwangsversteigerung sei ein einziger Redner hielten die Preissteigerung für unvermeidlich, andere schloßen sich unserem Genossen an, der diese und ebenso die Frühfruchtprämie als ganz unbedeutend ablehnte. Daß die Preise die Produktionskosten decken müssen, sei selbstverständlich, aber dazu sei eine Preissteigerung nicht erforderlich, weil, wie von beiden sozialdemokratischen Richtungen bereits erklärt worden, die bisherigen Preise weit über die Produktionskosten hinausgingen und infolgedessen die Landwirte große Gewinne während des Krieges eingeschmeißt hätten. Darauf sei schon die schändliche, bis in die jüngste Zeit hinein fortwährende Erhöhung der Frühfruchtprämie. Habe nun auch der rechtsozialistische Reichsernährungsminister Braun am 30. März in der Reichsversammlung erklärt, daß die Landwirte sich auf diese letzten Jahre hätten freuen, da sie während des Krieges recht gut dastünden; so hätten g'gen Domänen, die im Frieden zu je 145 000 Mark verpachtet waren, im Jahre 1917 einen Gewinn von 807 000 M. erzielt. Auch der Reichsernährungsminister Schmidt habe in seiner Rede an den Reichsernährungsminister Anfang Juni erklärt, die Landwirtschaft werde schon so überaus reich, eine daß die von ihm geforderte Erhöhung der Frühfruchtprämie um 100 Prozent geradezu überflüssig sei. Daß ohne Erhöhung der Getreidepreise der Schlachtviehhandel gar nicht mehr zu betreiben sei, wies Dörmann als unzulässig zurück. Der Reichsernährungsminister werde, wenn die Preise ansteigen, ebenfalls keine Forderungen mehr noch erhöhen, so lange infolge unzureichenden Angebots der Langer alle Viehpreise dazu zwingen, zu kaufen, was sie sich nur beschaffen können. Dörmann solle es schon den Schlachtviehhändlern nur ein wenig mehr sein, das Angebot sei so zu steigen, daß die Nachfrage gedeckt werde. Mit Hilfe des ausländischen Gewinns sei das möglich, wenn sofort die Protration erhöht werde. Selbstverständlich sei die Erhöhung des einzelnen Getreides dadurch nicht



... als ... zu ...

... auf keinen Fall ...

Die Agrarier werden mit dieser neuesten Tat des ...

**Agrarlicher Terrorismus.**

Die rechtssozialistische Fraktion in der Preussischen ...

... nach ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... zugehört, aber ...

**Ein neuer Kostestreich.**

... in der ...

... Ich ...

... Ingleich ...

... Die ...

... Herr ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... unter ...

... Der ...

... Der ...

... Vor dem ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...



## Preiswerte Baumwollwaren

Musseline ca. 80 cm breit, grosse Ausmusterung	5 <sup>90</sup>	Hemdentuch ca. 80 cm breit	6
Zephyr ca. 80 cm breit, für Blusen und Hemden	8 <sup>90</sup>	Renforce ca. 80 cm breit	7
Schleierstoff ca. 100 cm breit, in vielen Farben	12 <sup>50</sup>	Luisianatuch ca. 80 cm breit, für Bettwäsche geeignet	8
Schweizer Stickereistoff (Voll-Volle) ca. 115 cm breit	19 <sup>50</sup>	Makotuch ca. 80 cm breit, für Damenwäsche	9

## Waschstoffe ca. 80 cm bis 110 cm breit und zwar: Schleierstoffe, Zephyr, Kattun bedruckt, Krepon bedruckt, Perkal bedruckt usw. Meter 7<sup>90</sup>

**Theater und Vergnügungen.**

**Volkstheater.** Theater am Marktplatz, 8 Uhr: Der heilige Florian, Satire von Neal und Weichand

**Königsplatz** 8 Uhr: Der Hühnerhändler

**Romödienhaus** an der Marschallbrücke, Sonntag 4 Uhr: Die tolle Komödie

**Berliner Theater** 8 Uhr: Die tolle Komödie

**Deutsches Theater** Abends 8 Uhr: Max Palmberg in Auch ich war ein Jüngling... (Schwanke)

**Kammerspiele** Abends 8 Uhr: Leopoldina Konstantin in Das Weib und der Kompolmann

**Theater des Westens** Abends 8 Uhr: Die tolle Komödie

**Die Geltha.** Mittwoch: 200. Aufführung in der Neuen Fährstraße, 8 Uhr: Die tolle Komödie

**Lösungstheater** Sommerpielzeit, Sonntag 4 Uhr: Die tolle Komödie

**Boulevard-Künstler-Theat.** Abends 8 Uhr: Die tolle Komödie

**Residenz-Theater.** Untergrund, Klosterstraße, Sonntag 4 Uhr: Die tolle Komödie

**Das höhere Leben.** Schauspiel von Siedemann, Sonntag 4 Uhr: Die tolle Komödie

**Trianon-Theater.** 8 Uhr: Der gute Ruf

**Rose-Theater** 7 1/2 Uhr: O schöne Zeit, o selbige Zeit

**National-Theater** 8 Uhr: Die tolle Komödie

**Familie Mannemann** Theater a. Kotlitzer Tor, 8 Uhr: Die tolle Komödie

**Elite-Sänger** ehem. Mitglied der Berliner Oper

**Blüthen-Konzert** Sonntag 4 Uhr: Die tolle Komödie

**Wintergarten** Sonntag 4 Uhr: Die tolle Komödie

**Berliner Prater** 12 Varieté-Attraktionen

**12 Varieté-Attraktionen** in der Tausendball

**Wann's Waldschloß in Schönhaich.** Jeden Sonntag Tanz.

**Kronen - Brücken - Plomben**

**Zähne in 1 Tag**

Minderbemittelten Ermäßigung. Dir. Koppe's Spezial-Institut für mod. Zahnersatz, Magdeburger Str. 28, Ecke Lützowstr., Kurf. 1230.

**Markenfreie Lebensmittel** ohne Befreiung an jeden Groß-Berliner Einwohner werden abgegeben:

Gedrehte böhmische Pfannkuchen, reichlich und süß, per Pfd.	4,40 Mk.
Gewürz-Käse, beigliche Sorte	1 Pfd. 3,50
Speiseöl	1 Pfd. 0,10
Speiseöl, Tafel- und Kochöl	1 Pfd. 0,08
Schokolade, ausländische, Marke Expeller	1 Pfd. 17,50
Extrakt-Kaffee	1 Pfd. 0,80
Zee in 100-gr. Paketen	1 Pfd. 0,10
Vanillomarmelade	1 Pfd. 0,08
Berliner-Butter	1 Pfd. 1,80
Knoblauch-Butter	1 Pfd. 0,50
Lebensmittel	1 Pfd. 1,80
Bettwaren	1/2 Pfd. 3,00

Gemeinde Berlin-Bezirk, Verkaufsstelle Gannemannstraße.

**Ziehung 19. Juli**

**Berliner Lotterie**

50 000  
10 000  
5 000

Lose 3.— Porto u. Liste 10 L. m. Porto u. Liste 30 M. empf. u. vers. a. Nachnahme

**Emil Haase & Co.,** Berlin 21, Brodowstr. 9

**Spezial-Arzt** für Haut-, Hals- und Frauen- und Kinderkrankheiten, Lenden, Salvarsan-Kuren, Urticaria, Stomatitis, Gonorrhoe, Syphilis, etc.

**Heil-Anstalt Löser** Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Scholl, Rosenthaler Str. 69-70, 34. L. L. Inst. B-L.

**Heil-Anstalt „Löser“** Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz, 9-11-12.

**Dr. med. Karl Reinhardt** Berlin, Potsdamer Strasse 117 (s. d. Lützowstrasse) Haut- und Harnarzt

**Möbel**

neue und verleihe gezeichnete Kleiderschränke, Verbr. 65,00, 80,00, 125,00, neue zusammen 300,00, Bettstellen m. Matratzen 65,00, 85,00, Messing-, engl. Bettstellen, Sofa, Chaiselongue, Spiegel, Kommode.

**Seelig,** Lothriser Str. 23, (Schönhäuser Tor)

**Prozesse, Alexanderstr. 45.**

**Vereinigung der Rechtstreunde** Berlin N 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstr. die Rechtsanwaltskanzlei d. großen Publikums!

**Botenfrauen**

Berlin Girschner, Girschner Straße 92, Döing, Steineystr. 23, Hackbarth, Michaelkirchpl. 2.

Potsdam Dogner, Kaiser-Wilhelm-Straße 30.

Charlottenburg Lorenz, Wallstraße 68.

Wilmerdorf Deneke, Augustastraße 60.

Tempelhof Bartsch, Werderstraße 31.

**Der Sozialist.** (Früher Sozialistische Auslandspolizei). Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift. Herausgegeben von Dr. Rud. Wittscheid. H. Bloch, H. Haase, K. Kautz, A. Stein, H. Strobel u. a.

**Balkenschmieders Variété-Garten** Adressstr. 16. Dir.: Gerh. Danmann

**Weissensoer Sommer-Theater** Prenzlauer Promenade 4-5

**Täglich 12 Variété-Nummern** Grosses Theater-Orchester

**Brauerei Königstadt** am Schönhauser Tor. Am 1. Oktober 1919

Wiedereröffnung der gesamten in modernster Weise renovierten Saal- und Ausschankräume für von 100 bis 2000 Personen an Versammlungen zu vergeben.

**Meine großen Möbel-Läger** mit Spezialmaschinen, Perrenschneidern, Schloßschneidern, Leder- u. Gabelschneidern, Tischschneidern, etc.

**Möbel-Lehner** Hauptausgangsbüro: Friedrichstr. 7, 1. Etage

**Säle** für Vereine und Gewerkschaften zu Versammlungen u. Festlichkeiten zu vergeben.

**Königstadt-Kasino,** Holzmarktstraße 72, Tel. Amt Alexander 424 und 2540

**Metallbetten.** weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongue 75.— an Meicke, Auguststraße 22a, Quergeb. parterre.

**Teppich- u. Gardinen-Gelegenheitskäufer.** Zehdenicker Straße 15 (Rosenthaler Platz). Große Auswahl in Teppichen, Tisch- und Divandecoren, Stoffs, Porzellan, Zuggardinen, Wanddekorationen, Bettvorlagen, Teppichen, Leinwandstoffen und dergl., preiswert.

**Platinankauf** Silberabfälle, Zahngobisse, Goldabfälle, Münzen kauft Frau Linke, Döberstr. 40.

**Platinankauf** Silberabfälle, Goldabfälle, Zahngobisse, Münzen kauft Frau Linke, Döberstr. 40.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft Zweig.** Invalidenstr. 142, Telefon: Norden 9649.

**Metalle, Aktien, Zeltwagen, Lampen, Weißwäscherei, kauft zu höchsten Tagespreisen** Produkte-Gründungs-Neukölln, Richardstr. 9, Fernsprecher Neukölln 453.

**Metalle, Silber, Zinn, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Platin, Gold, Silber, etc.** kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel** kauft Schumann, Andreestraße 78, vor II. am Schlesischen Bahnhof.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Kleine Anzeigen**

**Verkäufe**

**Kaufgesuche**

**Kupfer** sämtl. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silber, Zahngobisse kauft zu Selbstverbrauchs-Preisen

**Platin Silber** zu Original-Schmelzpreisen kauft

**Werkzeuge und Maschinen**

**Schreibmaschine** zum sofortigen Mitnehmen nach neuem Kauf Parteilose, Neustadt, Fröhlingerstraße 11, System u. Preis bitte angeben.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Messing** Kupfer, sämtl. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silber, Zahngobisse kauft zu Selbstverbrauchs-Preisen

**Platin Silber** zu Original-Schmelzpreisen kauft

**Werkzeuge und Maschinen**

**Schreibmaschine** zum sofortigen Mitnehmen nach neuem Kauf Parteilose, Neustadt, Fröhlingerstraße 11, System u. Preis bitte angeben.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Ernst, str. 166, III.**

**Möbel - Rath** liefert komplette Wohn- u. Schlafzimmer-Einrichtungen sowie elegante Möbel, Polsterwaren, Kasse und Teppiche.

**Werkzeuge und Maschinen**

**Schreibmaschine** zum sofortigen Mitnehmen nach neuem Kauf Parteilose, Neustadt, Fröhlingerstraße 11, System u. Preis bitte angeben.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Ernst, str. 166, III.**

**Möbel - Rath** liefert komplette Wohn- u. Schlafzimmer-Einrichtungen sowie elegante Möbel, Polsterwaren, Kasse und Teppiche.

**Werkzeuge und Maschinen**

**Schreibmaschine** zum sofortigen Mitnehmen nach neuem Kauf Parteilose, Neustadt, Fröhlingerstraße 11, System u. Preis bitte angeben.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.

**Spiralbohrer** in allen Größen, schnell, leicht, preiswert, kauft Herrmann, Döberstr. 40.



# Ernst Toller vor dem Standgericht.

Erster Verhandlungstag.

München, 14. Juli.

Vor dem Standgericht nahm heute früh der Hochverratsprozeß gegen den Studenten Ernst Toller seinen Anfang. Als am 7. April die erste Räteregierung in München ausgerufen wurde, bildete sich auf Antrag des soeben abgetretenen Kommunistschiffes ein Zentralrat, der die Leitung der Räterepublik übernahm. An der Spitze des Zentralrates stand der Vorsitzende Ernst Toller. Die Anklage macht ihm zum Vorwurf, daß er in dieser Eigenschaft Anordnungen erteilt, die nur der rechtsmündigen, nach dem Reichsgesetzgebungsorgan zustehenden Räterepublik vorbehalten sind. Die Anklage wurde Toller, der sich zur Verteidigung der Anordnungen erklärt, ebenfalls als Mitglied des an der Spitze der Regierung stehenden Aktionsausschusses. Nach dem Ausschreiben von Lenin und Zetkin wurde er am 27. April mit Nikisch und Klingenschäfer in den neuen Aktionsausschuss gewählt. Während der zweiten Räteregierung ermittelte er insbesondere eine leitende Tätigkeit als Kommandant der gegen die Regierung kämpfenden „Roten Armee“ bei Dachau. Nach der Fällung dieser Handlung ein Verbrechen des Hochverrats nach § 81 Abs. II des B.V.R.

Zu der heutigen Verhandlung, die unter der Leitung des Standgerichtspräsidenten Stadelmayer stattfand, sind gegen 40 Zeugen geladen. Die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Anton Gänßler und Kaufmann (München) sowie der Adv. Hugo Haase (Wein).

Dem Neugenannten ist Frau Durieux nicht erschienen. Sie hat sich krank gemeldet. Verteidiger Dr. Gänßler bemerkt, daß die Verteidigung Wert auf ihre Anwesenheit legt und ihre familiäre Vernehmung beantragt werde.

Es beginnt dann die

### Bernachung des Angeklagten

**Ernst Toller.** Er ist 1898 in Sornothal, Bezirk Kronberg, geboren, bekennt sich als konfessionslos; seine Eltern sind jüdischer Konfession. Von Beruf ist er ein Schriftsteller zu sein. Er hat nach Abschließung des Gymnasiums in Kronberg in München Nationalökonomie und Rechtswissenschaften studiert. Bei Kriegsausbruch war er in Frankreich, es gelang ihm aber, rechtzeitig nach Deutschland zu kommen. Er hat sich dann in München gestellt und zum zur Wehrdienst. Bis 1918 hat er an den Kämpfen teilgenommen. Der Beschuldigte geht mit dem Angeklagten noch eingehend seine verschiedenen Erlebnisse, die er in der Jugend hatte, durch. Der Angeklagte sucht diese als harmlos hinzustellen und gibt nur in einem Falle zu, daß er einmal nach schwerer Erkrankung einen Heilversuch in der Heilanstalt in der Gegend von München unternommen habe. — **Vors.** Sie sollen mit großer Beachtung in den Krieg gegangen sein. — **Angeklagter:** Das will ich nicht sagen. Begeisterung für den Krieg habe ich nie gehabt. Ich hielt ihn aber damals für einen Verteidigungskrieg. — **Vors.** Zeugen habe ich die ganze Parteiarbeit des Krieges und die Brutalität der Kriegsmethoden gesehen. Ich erachte den Krieg als höchstes Übel, hielt ihn aber immer noch für notwendig, weil ich an den Verteidigungskrieg glaubte. — **In** Mai 1918 erkrankte der Angeklagte an einem Herz- und Nierenleiden. Er wurde 1917 als freiwillig eingezogen, aber dauernd heimatverweilend, in die Heilanstalt in der Gegend von München eingeliefert. Er immatriulierte als Student in München, später in Heidelberg. Dort gründete er den Kulturbund politischen Bund. Der Bund verfolgte sozialistische Ziele und trat für den Abschluß des Krieges ein. — **Vors.** Der Bund kam dann mit den Behörden in Konflikt. — **Angeklagter:** Es wurde gegen uns eine maßlose Verfolgung getrieben. Man nannte uns Landesverräter. Verschiedene Mitglieder wurden ausgewiesen. — Der Angeklagte gibt dann an, daß er sich auch in Berlin aufhalten und hier Kurt Eisner kennen gelernt habe. Im Januar 1918 kam er nach München, als gerade der Streik ausgedehnt war. Dieser Streik habe sich gegen die Verfassung des Reiches gerichtet. Kurz vorher habe er die gesamten kommunistischen Dokumente und Verordnungen eines mecklenburgischen Diplomaten kennen gelernt. Aus diesen habe er gesehen, daß

### Deutschland keinen Verteidigungskrieg führt.

Da diese Unterredung habe er den Minister Heine das vorgetragen und ihn gefragt, ob er trotzdem die Regierung unterstützen und die Kriegsmethoden beibehalten werde. Heine habe geantwortet: Was sollen wir machen? Was würde geschehen, wenn wir nicht mitmachen? Die deutsche Arbeiterklasse ist eine dumpfe Masse, die nur für materielle Dinge Interesse hat. Dieser Mangel an ideellem Vertrauen in der Arbeiterklasse sei eine schwere Schuld für die Niederlage der Sozialisten, müsse er, der Angeklagte, erklären. Man habe das damals Landesverrat genannt. Heute würde man angeklagt des Hochverrats von Versailles als Landesverrat nennen. — **Vors.** Sie sind damals im Gefängnis inhaftiert worden und es ist gegen Sie ein Verdict wegen Landesverrats beim Reichsgericht eingeleitet worden. — **Angekl.** Ja, innerhalb drei Monate in Haft, dann bin ich wieder zum Militär gekommen, wurde aber bald wegen meines Herz- und Nierenleidens entlassen. Ich habe mich in Berlin

an der Gründung des revolutionären Komitees beteiligt, das später auch in Tätigkeit getreten ist. Wieder einmal ist an demselben Ort, nachdem ich gesund geworden, fuhr ich im November nach München, wo die Revolution inzwischen ausgedehnt war. Ich hatte vorher telegraphisch Eisner meinen Glückwunsch ausgesprochen, daß die Revolution gelungen und daß er Deutschland vom Krieg geteilt und den sozialistischen Staat abgelehnt habe. Ich stellte ihm meine Mitarbeit zur Verfügung. Aus der Antwort erlah ich, daß ich ihm erwünscht sei. — **Vors.** Sie haben sofort die bayerische Staatsbürgerschaft erworben? — **Angekl.** Ja. Dem Antrag wurde ich in den Zentralrat gewählt. — **Vors.** Inzwischen war die allgemeine Konstituente erfolgt und das Verfassung wegen Landesverrats gegen Sie eingeleitet worden. Es hätte Ihnen aber nicht bedürft, denn der Oberreichsanwalt hätte Ihnen schon die Einstellung des Verfahrens beantragt. Es heißt dem Antrag, daß zwar objektiv die Voraussetzung des Landesverrats vorliegt, in subjektiver Beziehung aber das Vermerk der Verantwortlichkeit nicht mehr zurechenbar ist. Der Oberreichsanwalt bezog sich auf gewisse ärztliche Gutachten. Danach werden Sie als hinfällig betrachtet. — **Angekl.** Ich habe mich nicht für die Sache interessiert zu wissen. Ein anderer Sachverständiger bezeichnet Sie als einen hochgradigen Neurotiker. Ein weiterer Sachverständiger hat eine Reihe schwerer Degenerationszeichen bei Ihnen festgestellt.

**Angeklagter:** Ich weiß diese Notifizierung nicht. Meine Familie hätte sich in ihrer bürgerlichen Ehre bedroht und tat alles, um mich für unzurechnungsfähig hinzustellen. Die Ärzte haben dabei wohl die Dinge etwas schwächer hingestellt, als sie waren. Ich habe alle meine Handlungen mit voller Verantwortung und Verantwortung getan. — **Vors.** Sie waren Vorsitzender der U. S. P. in München? — **Angekl.** Ja. Ich war allerdings schon damals nicht Anhänger der formalen Demokratie und des Parlamentarismus, sondern für Wölsung durch das Volk. Im Kriege war die ganze Presse ein

Vorbild der öffentlichen Meinung.

Der Angeklagte gibt dann an, daß er mit Eisner zum Sozialistenkongress in Bern war. Während er sich auf der Reise von Bern nach München zurück befand, wurde Eisner ermordet. Der Landtag war auseinandergegangen, er war sich seiner Verantwortung nicht bewußt gewesen und hatte freiwillig gegenüber dem Zentralrat auf seine Gewerkschaften verzichtet. Wir hätten de facto die Räterepublik für ganz Bayern, der sich alle Minister unterordneten. Der Minister Hoffmann schrieb an Nikisch, er lege sein Amt nieder. Die Minister kamen zu den Sitzungen des Zentralrats. Als der Zentralrat beschloß, Geheln festzunehmen, haben weder Kraußner noch die anderen Minister, noch die Reichswehr, Sozialisten und Bauernärzte Einspruch erhoben. Wir hätten im Februar die Räterepublik.

Der Angeklagte Toller erklärt dann weiter, daß er in München die Anrufung der Räterepublik erfahren und es zuerst nicht habe glauben wollen. Besondere Ursache sei er gewesen, als er erfuhr, daß die Reichswehr sich einmischte für die Räterepublik erklärt hätten. Er sei von Anfang an der Meinung gewesen, daß die Proklamierung zu früh komme und habe, es für eine Schiedung der Reichswehrsozialisten angesehen, weil sie erlangten, daß ihren Führern die Waffen aus der Hand gingen. Diese Politik der Reichswehrpartei sei das schreckliche Spiel mit dem Blut der Arbeitermassen gewesen. In den nächsten Tagen habe er sich gegen die Entwaffnung der Garnison durch die Reichswehr ausgesprochen und sei darauf zusammen mit Nikisch verhaftet worden. Schon in den ersten Tagen der ersten Räterepublik, die der Angeklagte als eine „Eigentümlichkeit“ bezeichnet, habe er versucht, Beziehungen mit der Regierung Hoffmann anzuflehen. Der unglückselige Putsch am 12. April habe alles wieder zunichte gemacht. Als die Kämpfe dann begannen, habe er sich verkleidet gefühlt, auf Seiten der Arbeiter bei der roten Armee mitzuwirken. Er habe aber nicht das Kommando gehabt, sondern nur dem Stabe bei Dachau angehöre. Auch da habe er jederzeit Verhandlungen versucht. Die Regierung hätte bei einem richtigen Angebot den Vergleich haben können, aber Ministerpräsident Hoffmann habe auf dem Standpunkt gestanden, mit Rebellen nicht verhandeln zu dürfen.

**Vorsitzender:** Sie haben doch auch die Verhaftung der Geiseln angeordnet? — **Angekl.** Nein, Herr Vorsitzender, ich habe niemals eine solche Anordnung getroffen. Ich war überhaupt

### gegen die Verhaftung der Geiseln.

Das war ein Beschluß des Zentralrats.

**Vors.** Ist es richtig, daß Sie sich an die Spitze der bewaffneten Arbeiter gestellt haben und Kommandant der roten Armee waren? — **Angekl.** Ich habe nur unter besonderen Umständen dem Stab der roten Armee bei Dachau angehöre. Der Kommandant der roten Armee war ich nicht, das war der Verhaftete des Landes-Statensrats Paul Simon, der heute hinter der Regierung Hoffmann steht. Dieser hat mit einem fertigen Plan über die rote Armee verfügt.

**Vors.** Ist Ihnen bekannt, daß die Ihnen unterstellten Soldaten Lebensmittel von den Bauern erprecht haben? — **Angeklagter:** Ich habe es nicht verboten.

**Vors.** Die Zustände in München mußten im Ausland doch einen ungünstigen Eindruck machen und auf den Frieden schwerer wirken. — **Angekl.** Die Räterepublik als solche konnte nur den besten Eindruck machen und den Widerstand der ausländischen Sozialisten stärken. In Bern wurde mir von allen Seiten gesagt, daß die Aktion der ausländischen Sozialisten geschnitten werde dadurch, daß in Deutschland

Männer an der Spitze stehen wie Obert und Scheffmann, die man nicht mehr als Sozialisten anerkennen könne. Die Räterepublik hätte bei den Arbeitern Frankreichs und Englands den Widerstand gegen den Versailler Vertrag stärken sollen.

Es wird dem Angeklagten dann vorgehalten, daß er eine ganze Reihe von Erklärungen und Erklärungen erlassen hat. Der Angeklagte gibt das im allgemeinen zu. Staatsanwalt Haase: Herr Toller, Sie haben eben erklärt, es hätten sich in Bayern Clemente eingebunden, die nicht berufen und bezahlt worden waren. Ich frage Sie, ob Sie sich selbst für diese Tätigkeit, für dieses Amt berufen gefühlt haben und dann, woher Sie diese Berufung hernehmen? — **Angekl.** Herr Staatsanwalt, ich habe ungenügend die Führung in der Räterepublik übernommen, ebenso wie ich ungenügend den Vorsitz in der U. S. P. übernommen habe. Ich war sehr bemüht, mich mit diesen zu umgeben, die Sachverständigen waren. Das Urteil dieser Männer habe ich stets vor jeder Verordnung gelehrt. Ob ich dazu berufen war, kann ich nicht sagen. Wenn ich es nicht, ich übernahm es aber, weil ich das Vertrauen der Arbeiter hatte. Man hat früher nicht gefragt, ob ein achtzehnjähriger Thronfolger berufen war, ein Reich zu regieren.

In der Reihe der Zeugenvernehmungen wird zuerst W. Eisenberger vernommen. Er war als Bauernrat Teilnehmer am Kongress in München und bezeichnet den Verlauf des Kongresses als „Judentum“. Wissen, Herr Vorsitzender, meine Ansicht von der Gewalt war die, entweder sind die verurteilt oder nicht. Über die Verhandlungen des Kongresses erklärt der Zeuge dann, daß bei dem Beschluß, ein Kompromiß zugunsten der Bauern, durch die Unterstützung des Landtags und die Einsetzung einer Regierung beschlossen wurde, auf der linken große Irrtümer entstanden. Es hätten sich die Massen zusammen, an denen wurde gerufen: „Macht euch“. Ob Toller auch dabei war unter denen, die die Hände gefaltet haben, weiß ich nicht. Der Zeuge wendet sich dann zum Reichswehrminister und ruft plöblich dem Hpt. Haase zu: „Grüß Gott, Herr Haase, wie geht's.“ Weiter wurde dann als Zeuge Rechtsanwalt Dr. Pöschner vernommen. Er war auch nicht Mitglied des Kongresses. Herr Toller gehört zu jenem Häufel, der gegen die Räterepublik wünschte, aber Gewalttätigkeiten ablehnte. Wiederholt hat er sich gegen eine Gewaltpolitik geäußert,

sowohl im Kongress, als auch in privaten Gesprächen. — Staatsanwalt Haase: Wie hat sich Toller zu der Einigung zwischen Regierung und Landtag gestellt? — **Zeuge:** Die Unabhängigkeit waren zuerst gegen 6 Stimmen mit dem Kompromiß einverstanden. Später machte sich eine Opposition geltend, zu der auch Toller gehörte. Man verlangte die Souveränität des Kongresses. Am 21. Februar ab, nach der Ernennung von Eisner, war es außerordentlich schwierig, in München öffentlich gegen den Rätegedanken zu sprechen. Jederzeit mußte man gewarig sein, eingeschlagen zu werden.

Zeuge Geheimrat Professor Sauerbruch bezeugt, daß am 20. April ihm Toller persönlich einen Besuch im Krankenhaus bei den Kranken die Warnung zukommen ließ, daß das Krankenhaus in Gefahr sei, da die Anwesenheit der weißen Garde in München bedrohlich sei. Es sei zu erwarten, daß die Kommunisten in ihrer Wut versuchen werden, den Geiseln (den Wehrern Eisenberg) und den Ministerpräsidenten Eisner, die sich beide in dem Krankenhaus befanden, zu erschlagen. Es waren vorher auch schon gleich drei bis viermal Warnungen erschienen, die im Epistel Erteilungen verstanden, indem sie bald die Herausgabe von Eisner, bald diejenige Eisners forderten. Der Zeuge hat sich durch

eine Kranke, die mit Toller befreundet war, an diesen gewandt und ihn ersucht, einzuschreiten. Das habe den Erfolg, daß das Epistel einige Zeit unbeschädigt blieb. Es Toller seinen Einfluß verlor, indem die Herrschaft in die Hände der Kommunisten überging. — Der Angekl. Toller bezeugt, daß er gesagt habe, die Kommunisten wollten Eisner und Geisler erschlagen. Diese Verdächtigung der Kommunisten sei ihm nie eingefallen. Er habe nur gesagt, daß von Soldaten im Kriegsministerium das zu gewärtigen sei. — **Zeuge:** Das ist möglich, aber zu jener Zeit war mir eine Unterredung zwischen Kommunisten und Soldaten nicht möglich. (Geleit.)

Gezeugt Hippel aus Dachau bezeugt, daß von den roten Garde 200 Flakgen Weizen requiriert wurden, die unter die Soldaten verteilt und ausgeteilt wurden. Auch beim Stabe, dem Toller angehörte, wurde, wie er weiß, in einigen Sitzungen Wein getrunken. Ob Toller auch dabei war, weiß er nicht. Es war ein Plakat angehängt mit Tollers Unterschrift, nach dem jede eigenmächtige Requisition verboten war und angeordnet wurde, daß jeder, der das tue, vor ein Feldgericht gestellt und bestraft, jedenfalls erschossen würde. Die Leute haben sich aber darum nicht gekümmert.

Rechtsanwalt Anton Gänßler bemerkt dazu, daß solche Fälle von Plünderungen durch Soldaten auch vorgekommen seien, ehe es die Räterepublik gab. Rechtsanwalt Gänßler stellt dann nach fest, daß auch Toller in einem Plakat erklärt hätte, wer ließe oder plündere, vor ein Feldgericht gestellt und unter Umständen erschossen werde. Aus dem Protokoll wird auf Antrag der Verteidigung festgestellt, daß der Angeklagte Toller in seinen Neben als wiederholt gegen die Methode von Lenin gewandt habe und diese als von militärischem Geiste besetzt bezeichnet habe.

Zeuge Eisenich (Metallwerk „Münchener Post“) bei der Betriebsratsung eine Widerkehr großen Terrors aus, gegen den nicht aufzukommen war. Es waren im Betriebsrat recht fragwürdige Gestalten, denen wohl zuzutrauen war, daß sie jeden, der sich gegen die Räterepublik ausgesprochen hätte, niederstießen. Zwischen Toller, Lenin und Lenin bestand ein scharfer Gegensatz. Der Zeuge bezeugt weiter, daß Toller in einem Bericht vor den Betriebsräten über seinen Einzug in Dachau ausgeführt habe, daß er nicht die Absicht habe, gegen Dachau vorzugehen, daß aber die Truppen selbständig gehandelt hätten.

Nach einigen weiteren Zeugenvernehmungen wurde die Verhandlung auf morgen verlagert.

## Gewerkschaftliches.

### Konflikt im Eisenbahnerverband.

Unter dieser Epithete greift der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes den gesamten Zentralrat in einer die Öffentlichkeit irreleitenden Weise an. Er behauptet, der Zentralrat habe den Generalstreik proklamiert, und das Gemeinwohl, was einem Menschen vorgezogen werden kann, er soll die Arbeitergruppen, die ihm übergeben sind, nicht in dem Sinne verwandt haben, wie es die Generalversammlung beschlossen hat. — Da die Mitglieder des Zentralrats augenblicklich im Meide gestreut sind, gebe ich vorläufig für meine Person folgende Erklärung ab: Der Brief des Obmannes, auf den sich der Angriff stützt, ist eine rein persönliche Angelegenheit des Verbands. Ich habe, ebenso wie der gesamte Zentralrat, was auch dem Vorstand bekannt ist, von Anfang an Stellung gegen den Streik genommen. Die Geisler, die uns zur Verfügung gestellt sind, sind, soweit mit bekannt, ausschließlich für Lohn-, Tage-, Fahr- und Agitationsgeister zu den vereinbarten Sätzen, gegen genaue Durchführung gesandt worden.

Im übrigen halte ich die ganze Angelegenheit als eine reine Verbandsangelegenheit, welche auf der sofort einberufenden Generalversammlung ihre Erleuchtung finden dürfte. Hart Höpfer.

### Die Kirche als Arbeitgeberin.

Bei der Berliner Stadtsynode herrschen für die dort angestellten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen sehr traurige Verhältnisse. Die Angestellten waren schon im März d. J. mit notwendigen Forderungen an den kaufmännischen Leiter, Direktor Oehmke, herangetreten. Dieser hatte es aber durch selbständige Redensarten verhindert, die Angestellten immer wieder zu vertreiben. Erst der Berufsorganisation gelang es, den Direktor zu einer tatsächlichen Verhandlung zu zwingen. Jedoch auch alle Klänge des Organisationsdirektors war vergeblich. Dann war man dazu übergegangen, den Direktor Oehmke bei Verhandlungen auszuscheiden und an seine Stelle hatte man einen Herrn Kaufmann Pietsch (ein Synodale) gestellt. Dieser versuchte, durch Sozialität und Lebenswürdigkeit die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer einzuwickeln und versprach ihnen, insbesondere bei Verzögerung auf das geforderte Mindestmaß mehr Lohn als gefordert wurde. Die Angestellten erhalten einen Tagelohn von 2,50 bis 3.00, eine Zulagezulage von 60 Prozent, und man müde einem Familienvater zu, mit einem Gehalt von 2.000. — Seine Familie zu erhalten. Davon gehen noch die geschätzten Beiträge ab. Durch den Schlichtungsausschuss wurden am 12. 6. 19 die meisten Bezüge und schlechten Arbeitsbedingungen der Angestellten aufrechterhalten. Trotz Zusage des Vertreters der Stadtsynode lehnt die Kirche heute den Spruch ab und dieses einzig und allein des zuerkannten Mindestlohnens wegen.

Jetzt geht man dazu über, Massenentlassungen vorzunehmen, ohne die Zustimmung der Angestelltenvereine in voller Form eingeholt. Auf der anderen Seite bezeichnen die Oehmke es als ein Verbrechen, für seine bei der Stadtsynode beschafften Verbindlichkeiten zu sorgen und sich ihnen deshalb eine Zulagezulage vom 1. 1. 1920 — pro Kopf zuzulassen, womit sich wohl der sich vergrößernde Nachschub einmischen könnte haben muß.

Herr Generalsuperintendent Dr. Haendler sollte sich doch einmal mit dieser Angelegenheit befassen und der Hauspolitik des H. Oehmke ein Ende bereiten. Mit der nichtgeprüften Willkür der Kirche sollte in eigenem Hause angefangen werden.

Aber ohne die Einkünfte der Angestellten werden wohl auch hier, bei der Kirche, die besonders einen großen Wagnis hat, die trüben Zustände nicht beseitigt werden.

### Streik in den Versorgungsämtern der Bezirkskommandos.

Die Bureaukratie der Versorgungsabteilung der Bezirkskommandos I—IV, Wilhelmsr. 68, sind infolge der Arbeitsüberlegung der Angestellten bis auf weiteres geschlossen. Die Arbeitsüberlegung hat folgender Anlaß herbeigeführt:

In den Versorgungsabteilungen wurde der Weltkriegsbeginn der Reichswehr beizutreten, vorgelegt, dessen Tätigkeitsleistung die Abminderung nach sich ziehen sollte. Die Verhandlungen mit dem Kriegsministerium haben keine Klärung der Personalfrage herbeigeführt. Es befinden sich unter dem Personal der Versorgungsabteilungen eine große Anzahl Kriegsschadidatler sowie Familienmitglieder, welchen man einen Eintritt in die Reichswehr, die doch Kompensations ist, nicht gut zuzumuten kann. Durch die vorerwähnte Verarmung würden alle diejenigen heilloslos werden, die der Reichswehr nicht beitreten wollen. Im übrigen ist die Entlohnung für die Bureauangestellten recht niedrig, was führt von den im



